

# Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion Bergstraße

Wormser Straße 34, 64625 Bensheim

Tel: 06251-68385 Fax: 06251-68355

gruene.bergstrasse@t-online.de www.gruene-bergstrasse.de

Eingang:

30.07.2007

An den Vorsitzenden des  
Ausschusses für Regionalpolitik und  
Infrastruktur des Kreistages Bergstrasse  
Gräffstrasse 5  
64646 Heppenheim

Datum

30.7.2007

## Antrag zur 16-007. Sitzung des Ausschusses am 30.07.2007 - Windkraft

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

nachfolgenden Antrag bitten wir auf die Tagesordnung der am 30.Juli 2007 stattfindenden Ausschusssitzung zu setzen:

### ANTRAG zur Vorlage 16-0614

Der Ausschuss möge beschließen, zu den in der Offenlage des Regionalplanentwurfs Südhessen 2007 enthaltenen

#### **Vorranggebieten für die Windenergienutzung**

keine Stellungnahme abzugeben.

#### Begründung:

Die in der Beschlussvorlage vorgetragenen Argumente des Kreises gegen alle von der Oberen Landesplanung vorgeschlagenen Vorranggebiete im Kreisgebiet gehen in der Sache ins Leere.

Die Belange des Naturschutzes, der Landschaftspflege, der Tier- und Pflanzenwelt, die Abstandskriterien, insgesamt 29 Standortfragen wurden von der Oberen Landesplanung anhand eines umfassenden Katalogs in 3 Planungsstufen geprüft und Teils durch Gutachten ergänzt.

Dabei gilt für den Regionalplan Südhessen, dass vertiefende Prüfungen für viele Kriterien erst einer möglichen Bauleitplanung zu überlassen sind. Die dargestellten Vorranggebiete sind demnach keinesfalls als Flächen zu betrachten, auf denen in jedem Fall Windenergienutzung betrieben werden darf. Sie sind vielmehr nur als verbliebene Flächen anzusehen. Hochrechnungen, wie sie von verschiedenen Seiten über die Anzahl der Anlagen angestellt werden, sind unfundierte Spekulation.

Die vom Kreis vorgebrachten Argumente sind nur Erörterungen, die vor allem das avifaunistische Gutachten der staatlichen Vogelschutzwarte hinreichend beantwortet. Weitere Argumente gegen Vorranggebiete entspringen allein Partikularinteressen.

Der Regionalausschuss ist nicht das politische Gremium des Vereins Geopark Bergstraße. Eine Stellungnahme, die eine Ablehnung von Vorranggebieten für das gesamte Kreisgebiet mit dem Hinweis Geopark begründet, ist nicht Sache des Kreistags oder eines seiner Gremien. Vielmehr hat der Verein ein eigenes Recht seine Interessen zu vertreten. Dazu bedarf es nicht der politischen Instrumentalisierung des Kreistags durch den Vorsitzenden des Vereins Geopark, vor allem dann nicht, wenn er gleichzeitig der Landrat des Kreises ist, und alle Interessen abzuwägen hat.

In der Begründung zur Ausweisung von Vorranggebieten wird von der Landesplanung vorangestellt, dass „die führende Position bei der alternativen Stromerzeugung“ von der Energiegewinnung aus Windkraftanlagen eingenommen wird.

Die damit verbundene Notwendigkeit einer Vorrangplanung, oder besser Ausschlussplanung, wie sie sich aus den Zielen der Landesplanung, dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien und dem Klimaschutz ergibt, wird vom Kreis ungenügend gewürdigt.

Die aufgebaute Argumentation gegen Vorranggebiete ist sogar kontraproduktiv. Allein der Hinweis, wie ihn der Kreistag am 05.03.2007 beschlossen hat, nämlich „grundsätzlich die Ausweisung von Vorrangflächen“ zu unterstützen, wird spätestens dann Makulatur, wenn im zweiten Satz genau diese Vorrangflächen für das Kreisgebiet aus Partikularinteressen ausgeschlossen werden.

Ohne eine einzige Alternative (außer der „woanders-ja-bei-uns-nicht-Haltung“) aufzuzeigen, muss eine Stellungnahme des Kreises, die sich gegen sämtliche Vorranggebiete wendet, als Verhinderungsplanung verstanden werden, die selbst im „Erfolgsfall“ – nämlich der Streichung dieser Gebiete aus der Planung – negative Auswirkungen haben wird:

Es würde dann zukünftig von Gerichten zu bewerten sein, ob ein mögliches Bauvorhaben an beliebiger Stelle im Kreis- /Ausschlussgebiet abgelehnt werden kann, wenn in der Region keine Vorranggebiete existieren. Solche Verfahren hat es in Deutschland in den vergangenen 15 Jahren zur Genüge gegeben. Die Gerichte haben dabei wesentlich kleinräumigere Gebiete betrachtet als einen Landkreis, geschweige denn eine Region so groß wie das Saarland, beispielsweise den Geopark. Weitere Begründung mündlich

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen



Thilo Figaj  
Stellv. Fraktionsvorsitzender